



ÜBERSETZUNG

STAATSRAT Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 75.959/4
vom 24. April 2024

über

einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft ,zur
Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen:

1. Rahmenabkommen über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Thailand andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022;
2. Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Regierung Malaysias andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022‘

Am 22. März 2024 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von dem Ministerpräsidenten, Minister für lokale Behörden und Finanzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets ,zur Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen:

1. Rahmenabkommen über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Thailand andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022;

2. Rahmenabkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Regierung Malaysias andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022‘ abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der vierten Kammer am 24. April 2024 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Bernard BLERO, Kammerpräsident, Luc CAMBIER und Dimitri YERNAULT, Staatsräte, Christian BEHRENDT und Jacques ENGLEBERT, Beisitzer, und Charles-Henri VAN HOVE, Greffier.

Der Bericht wurde von Xavier DELGRANGE, Erster Auditor-Abteilungsleiter, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 24. April 2024 abgegeben.

*

Da der Begutachtungsantrag aufgrund von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze ‚über den Staatsrat‘ eingereicht wurde, beschränkt sich die Gesetzgebungsabteilung gemäß Artikel 84 § 3 der o.a. koordinierten Gesetze darauf, die Rechtsgrundlage des Vorentwurfs[‡], die Befugnis des erlassenden Organs sowie die Einhaltung der vorangehenden Formvorschriften zu untersuchen.

Was diese drei Aspekte betrifft, sind über den Vorentwurf folgende Bemerkungen zu formulieren.

UNTERSUCHUNG DES RAHMENABKOMMENS ÜBER UMFASSENDE PARTNERSCHAFT
UND ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IHREN
MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS UND DEM KÖNIGREICH THAILAND ANDERERSEITS,
GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 14. DEZEMBER 2022

1. Gemäß Artikel 3 Absatz 2 a) des Rahmenabkommens über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Thailand andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022 (nachstehend: „das Abkommen“) kommen die Vertragsparteien überein, zusammenzuarbeiten und einen Beitrag zur Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen sowie zur Förderung der Umsetzung internationaler Abrüstungsinstrumente zu leisten, indem sie Schritte unternehmen, um Vertragspartei aller anderen einschlägigen internationalen Instrumente zu werden und sie vollständig umzusetzen. Belgien hat den am 7. Juli 2017 in New York verabschiedeten „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ jedoch nicht unterzeichnet.

Daraus wird folgen, dass indem es Vertragspartei des Abkommens wird, Belgien sich dazu verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Vertragspartei des „Vertrags über das Verbot von Kernwaffen“ zu werden¹.

[‡] Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage“ die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

¹ Um weitere Erläuterungen diesbezüglich gebeten, antwortete der im Rahmen des Begutachtungsantrags 73.221/VR bezeichnete Beauftragte wie folgt: „Dit behoort tot de bevoegdheden van de federale overheid. Uit navraag bij de federale collega's kunnen we het volgende meedelen: België engageert zich op dit moment niet om maatregelen te nemen om partij te worden van TPNW.” Diese Antwort steht im Widerspruch zu der Verpflichtung, die im Namen des Königreichs Belgien mit dem Beitritt zu diesem Abkommen eingegangen würde. Übrigens wird Artikel 3 des Abkommens als wesentlicher Bestandteil des Abkommens bezeichnet, dessen Nichteinhaltung zu geeigneten Maßnahmen gemäß Artikel 55 des Abkommens führen kann. Solche geeigneten Maßnahmen können zu einer vollständigen oder teilweisen Aussetzung des Abkommens oder eines anderen spezifischen Abkommens führen, auch in Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der föderierten Gebietskörperschaften fallen. Am besten überdenkt das Königreich Belgien daher ernsthaft seinen Standpunkt in dieser Frage und sollten die Verfasser des Vorentwurfs diesen Standpunkt in der Begründung rechtfertigen.

2. Gemäß Artikel 44 Absatz 3 d) des Abkommens kommen die Vertragsparteien überein, bei der Förderung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit im Fischerei- und Meeresfrüchtesektor und bei der Umsetzung des am 30. Mai 2007 (lies: 14. Juni 2007) in Genf angenommenen IAO-Übereinkommens Nr. 188 ‚über die Arbeit im Fischereisektor‘ zusammenzuarbeiten. Im Rahmen der Untersuchung des Begutachtungsantrags 73.221/VR über einen Vorentwurf eines Dekrets zur Zustimmung zu demselben Abkommen² erklärte der Beauftragte, der darauf aufmerksam gemacht wurde, dass Belgien dem letztgenannten Übereinkommen noch nicht beigetreten ist, Folgendes:

„België heeft de intentie om het verdrag te ratificeren.

WGV 13.03.2013 : Gemengd verklaard (federale staat/Gewesten/Gemeenschappen)

– Vlaams Gewest en Vlaamse Gemeenschap : Decreet 09.06.2017

– Federale Staat : Wet 23.02.2022

– Brussels Hoofdstedelijk Gewest : Ordonnantie 02.03.2023

Het is nog wachten op de instemming van de andere gemeenschappen en het Waals Gewest vooraleer kan overgegaan worden tot ratificatie.“

3. Gemäß Artikel 47 Absatz 3 des Abkommens wird die Ratifizierung aller von der Internationalen Arbeitsorganisation als aktualisiert definierten Übereinkommen, denen Belgien noch nicht beigetreten ist, erwogen werden müssen³.

Was insbesondere das am 21. Juni 2019 in Genf angenommene IAO-Übereinkommen Nr. 190 ‚über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt‘ betrifft, auf das in Artikel 47 Absatz 3 des Abkommens implizit verwiesen wird, erklärte der vorgenannte Beauftragte, dass das Zustimmungsverfahren zwecks Ratifizierung dieses Übereinkommens noch läuft. Er teilte folgende Übersicht mit:

„ – Federale Staat : aangenomen in plenaire op 16/02/2023

– Vlaams Gewest en Vlaamse Gemeenschap : Decreet 30/04/2021

– Franse Gemeenschap : Decreet 15/09/2022

– Duitstalige Gemeenschap : Advies van de Raad van State ontvangen, tweede lezing op 19/01/2023

– Brussels Hoofdstedelijk Gewest: Ordonnantie 02.03.2023

² Siehe das Gutachten 73.221/VR vom 26. April 2023 über einen Vorentwurf der zum Dekret vom 22. Dezember 2023 ‘tot instemming met de kaderovereenkomst inzake een breed partnerschap en samenwerking tussen de Europese Unie en haar lidstaten, enerzijds, en het Koninkrijk Thailand, anderzijds, ondertekend te Brussel op 14 december 2022’ geworden ist, *Parl. Dok.* Fl. Parl.2023-2024, Nr. 1859/1, S. 19-26.

³ Es handelt sich nämlich um die IAO-Übereinkommen Nrn. 78, 106, 110, 118, 131, 135, 142, 143, 152, 157, 160, 169, 173, 183, 185, 188, 190 und die Protokolle Nrn. 81, 89, 110 und 155 (siehe: https://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=1000:11210:0::NO:11210:P11210_COUNTRY_ID:102560).

- Waals Gewest : De Waalse Regering heeft het voorontwerp van decreet in eerste lezing aangenomen op 15.12.2022
- COCOF : tweede lezing 01.02.2023
- GGC : in voorbereiding“.

4.1. Mit Artikel 52 Absatz 1 des Abkommens wird ein Gemischter Ausschuss eingesetzt, der sich aus Vertretern beider Vertragsparteien auf möglichst hoher Ebene zusammensetzt und die Aufgabe hat,

- „a) das ordnungsgemäße Funktionieren und die ordnungsgemäße Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten,
- b) Prioritäten für die Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens zu setzen,
- c) Empfehlungen für die Erreichung der Ziele dieses Abkommens auszusprechen,
- d) etwaige Differenzen oder Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung, Durchführung oder Anwendung dieses Abkommens in Übereinstimmung mit Artikel 55 beizulegen,
- e) alle von einer der Vertragsparteien vorgelegten Informationen über die Nichterfüllung der Verpflichtungen dieses Abkommens zu prüfen und Konsultationen mit der anderen Vertragspartei zu führen, um nach Artikel 55 eine für beide Vertragsparteien annehmbare Lösung anzustreben.“

Der Gemischte Ausschuss hat auch die Aufgabe, das ordnungsgemäße Funktionieren der sektoralen Abkommen und Protokolle zu gewährleisten, die zwischen den Vertragsparteien geschlossen wurden bzw. werden (Artikel 52 Absatz 4).

Der Gemischte Ausschuss kann Facharbeitsgruppen einsetzen, die ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen (Artikel 52 Absatz 3). Dieser Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung (Artikel 52 Absatz 5).

4.2. Aufgrund des gemischten Charakters des Abkommens können sich die im Gemischten Ausschuss behandelten Angelegenheiten auch auf Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Gemeinschaften und der Regionen fallen, beziehen, so dass besondere Vereinbarungen über die Vertretung und die Stellungnahme im Gemischten Ausschuss getroffen werden müssen.

In Bezug auf Organe, die durch ein von der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten geschlossenes Zusammenarbeitsabkommen oder aufgrund eines solchen Abkommens eingerichtet wurden, *in casu* auch in der Form eines Gemischten Ausschusses, betonte der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, im Gutachten 53.978/VR vom 7. November 2013 Folgendes:

„In dit verband moet in herinnering worden gebracht dat het noodzakelijk is om binnen België ook in de nodige procedures te voorzien om de Belgische standpuntbepaling en vertegenwoordiging in het voornoemde Gemengd Comité en het bij artikel 28 opgerichte subcomité te organiseren met respect voor de Belgische bevoegdheidsverdelende regels.

De vertegenwoordiging en de standpuntbepaling namens België dienen overeenkomstig artikel 92bis, § 4bis, eerste lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 ‘tot hervorming der instellingen’ in een samenwerkingsakkoord te worden geregeld.

De huidige samenwerkingsakkoorden van 8 maart 1994⁴ bieden geen voldoende juridische basis voor deze vertegenwoordiging en standpuntbepaling aangezien ze enkel betrekking hebben op de vertegenwoordiging in de Raad van de Europese Unie. De betrokken samenwerkingsakkoorden kunnen niet zomaar bij analogie worden toegepast, nu het Gemengd Comité weliswaar formeel een exponent is van de externe betrekkingen van de Europese Unie, maar materieel ook uitdrukkelijk voor aangelegenheden bevoegd is die tot de bevoegdheid van de lidstaten behoren⁵, die in de Belgische bevoegdheidsverdeling vervolgens ook behoren tot de (exclusieve) bevoegdheden van de gemeenschappen en de gewesten.

Zolang ervoor niet in een voldoende juridische basis bij samenwerkingsakkoord is voorzien, dienen de vertegenwoordiging en de standpuntbepaling namens België in het Gemengd Comité en in het subcomité overeenkomstig het bepaalde in artikel 92bis, § 4bis, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 het voorwerp uit te maken van een overleg tussen de betrokken regeringen“⁶.

Die Stellungnahme der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in den sich auf die gemischte Zuständigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten beziehenden Angelegenheiten wird zwar in der Praxis im Rat der Europäischen Union koordiniert und die vorhergehende Stellungnahme Belgiens wird gemäß den Regeln über die Stellungnahme im Rat koordiniert.

Jedoch ist anzumerken, dass die Beschlüsse in den Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, rechtlich gesehen nicht vom Rat der Europäischen Union sondern von den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten getroffen werden. Obwohl dies in der Praxis eher eine Ausnahme ist, ist nicht auszuschließen, dass Mitgliedstaaten in Angelegenheiten, für die sie zuständig sind, in den durch ein Zusammenarbeitsabkommen oder aufgrund eines solchen Abkommens eingerichteten Organen noch eine nationale Stellungnahme annehmen.

⁴ Fußnote 2 aus dem zitierten Gutachten: Samenwerkingsakkoord van 8 maart 1994 tussen de federale Staat, de gemeenschappen en de gewesten ‘met betrekking tot de vertegenwoordiging van het Koninkrijk België in de Ministerraad van de Europese Unie’, en samenwerkingsakkoord van 8 maart 1994 tussen de federale Staat, de gemeenschappen en de gewesten en het Verenigd College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie ‘met betrekking tot de vertegenwoordiging van het Koninkrijk België in de Ministerraad van de Europese Unie’.

⁵ Fußnote 3 aus dem zitierten Gutachten: Zie artikel 62 van de kaderovereenkomst.

⁶ Gutachten 53.978/VR vom 7. November 2013 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Flämischen Gemeinschaft und der Flämischen Region vom 4. April 2014 ,houdende instemming met de kaderovereenkomst inzake een partnerschap en samenwerking tussen de Europese Unie en haar lidstaten, enerzijds, en Mongolië, anderzijds, ondertekend in Ulaanbaatar op 30 april 2013’ geworden ist, Bemerkung 3.2, Parl.Dok. Fl.Parl. 2013-2014, Nr. 2455/1, S. 37-38.

Durch das Fehlen einer Regelung diesbezüglich gemäß Artikel 92bis § 4bis Absatz 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 ‚zur Reform der Institutionen‘ könnten deshalb Probleme entstehen. Würde ein Konsens zwischen den befugten Behörden darüber bestehen, dass das Zusammenarbeitsabkommen vom 8. März 1994 zwischen der föderalen Behörde, den Gemeinschaften und den Regionen ‚bezüglich der Vertretung des Königreichs Belgien im Ministerrat der Europäischen Union‘ in diesen Angelegenheiten entsprechend angewandt wird, so wird am besten dieses Zusammenarbeitsabkommen angepasst, damit dessen Anwendungsbereich dahingehend ausgedehnt wird.

5. Gemäß Artikel 53 Absatz 1 des Abkommens kann es zur Intensivierung der Zusammenarbeit mittels besonderen Abkommen oder Protokolle „eivernehmlich“ erweitert werden.

Auf die Aufforderung hin, im Rahmen der Untersuchung des Begutachtungsantrags 73.221/VR weitere Erläuterungen diesbezüglich zu geben, erklärte der Beauftragte Folgendes:

„De voorliggende overeenkomst kan worden aangevuld of uitgebreid met overeenkomsten of protocollen voor specifieke gebieden, sectoren en activiteiten. Ook deze overeenkomsten of protocollen dienen de geijkte procedure te doorlopen. Daarnaast stelt artikel 61 dat wijzigingen pas van kracht worden vanaf de datum van de laatste schriftelijke kennisgeving dat alle noodzakelijke formaliteiten daartoe vervuld zijn“.

Gemäß Artikel 167 §§ 2 und 3 der Verfassung werden die besonderen Abkommen und Protokolle auf jeden Fall erst dann wirksam werden, wenn sie die Zustimmung der zuständigen belgischen Parlamente erhalten haben. Aufgrund Artikel 190 der Verfassung müssen die besonderen Abkommen und Protokolle im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht werden, um verbindlich zu sein.

6. Laut Artikel 59 Absatz 2 des Abkommens können Thailand und die Europäische Union das Abkommen bis zu seinem Inkrafttreten ganz oder teilweise vorläufig anwenden.

Auf die Aufforderung hin, im Rahmen der Untersuchung des Begutachtungsantrags 73.221/VR nähere Erläuterungen diesbezüglich mitzuteilen, bestätigte der Beauftragte, dass diese Anwendung nur möglich ist

„voor de artikelen die onder de exclusieve bevoegdheid van de EU behoren. Ik verwijs hierbij graag naar artikel 3 van het Besluit (EU) 2022/2562 van de Raad van 24 oktober 2022 betreffende de ondertekening namens de Unie en de voorlopige toepassing van de Kaderovereenkomst inzake een breed partnerschap en samenwerking tussen de Europese Unie en haar lidstaten, enerzijds, en het Koninkrijk Thailand, anderzijds“.

Artikel 59 Absatz 2 des Abkommens wirft also im Lichte des oben genannten Artikels 167 §§ 2 und 3 der Verfassung keine Fragen auf.

7. Unter der Unterschrift des Königreichs Belgien wird angegeben, dass die Unterschrift zugleich die Flämische Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaft, die

Deutschsprachige Gemeinschaft, die Flämische Region, die Wallonische Region und die Region Brüssel-Hauptstadt bindet.

Die Gesetzgebungsabteilung hat schon mehrmals bemerkt, dass diese Formulierungen dahingehend verstanden werden müssen, dass sie sich auch auf die Französische Gemeinschaftskommission beziehen, da diese Kommission in Anwendung des Artikels 138 der Verfassung Befugnisse der Französischen Gemeinschaft ausübt ⁷.

UNTERSUCHUNG DES RAHMENABKOMMENS ÜBER PARTNERSCHAFT UND
ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND IHREN
MITGLIEDSTAATEN EINERSEITS UND DER REGIERUNG MALAYSIAS ANDERERSEITS,
GESCHEHEN ZU BRÜSSEL AM 14. DEZEMBER 2022

1. Laut Artikel 6 Absatz 4 des Rahmenabkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Regierung Malaysias andererseits, geschehen zu Brüssel am 14. Dezember 2022 (nachstehend: „das Abkommen“) arbeiten die Vertragsparteien zusammen, um die Universalität des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu fördern.

Diesbezüglich wurde der Beauftragte im Rahmen der Untersuchung des Begutachtungsantrags 73.323/VR über einen Vorentwurf eines Dekrets zur Zustimmung zu demselben Abkommen ⁸ nach dem Stand der Ratifizierung im Namen Belgiens der Abänderungsanträge des Römischen Status vom 14. Dezember 2017 und 6. Dezember 2019 gefragt. Er antwortete darauf wie folgt:

„De betrokken dienst legt de laatste hand aan het voorbereidend instemmingsdossier. De instemmingsprocedure met betrekking tot amendementen zal weldra opgestart kunnen worden“.

2. Gemäß Artikel 7 Absatz 2 a) des Abkommens vereinbaren die Vertragsparteien, zusammenzuarbeiten und einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregelungen zu leisten, indem sie Maßnahmen treffen, um je nach dem Fall alle sonstigen einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Massenvernichtungswaffen zu unterzeichnen, zu ratifizieren oder ihnen beizutreten, sie in vollem Umfang durchzuführen und ihre universelle Achtung zu fördern. Belgien hat den am 7. Juli 2017 in New York unterzeichneten „Vertrag über das Verbot von Kernwaffen“ jedoch nicht unterzeichnet.

⁷ Siehe in diesem Sinne u.a. das Gutachten 69.854/2/V vom 10. August 2021 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 15. Dezember 2021 ‚portant assentiment à l’Accord de partenariat stratégique entre l’Union européenne et ses Etats membres, d’une part, et le Japon, d’autre part, fait à Tokyo le 17 juillet 2018‘ geworden ist, Bemerkung 3, *Parl. Dok.*, Parl. Fr. Gem., 2021-2022, Nr. 302/1, S. 13-14.

⁸ Siehe das Gutachten 73.323/VR vom 3. Mai 2023 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 22. Dezember 2023 ‚tot instemming met de kaderovereenkomst inzake een partnerschap en samenwerking tussen de Europese Unie en haar lidstaten, enerzijds, en de Regering van Maleisië, anderzijds, ondertekend te Brussel op 14 december 2022‘ geworden ist, *Parl. Dok.*, Fl. Parl. 2023-2024, Nr. 1858/1, S. 17-23.

Daraus wird folgen, dass indem es Vertragspartei des Abkommens wird, Belgien sich dazu verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Vertragspartei des „Vertrags über das Verbot von Kernwaffen“ zu werden ⁹.

3. Laut Artikel 9 des Abkommens üben die Vertragsparteien im Dialog Mäßigung, wenn Fragen von beiderseitigem Interesse behandelt werden, fördern sie gegebenenfalls den Wert der Mäßigung in regionalen und internationalen Foren und arbeiten sie zur Förderung der Mäßigung zusammen, unter anderem auch durch die Erleichterung und Unterstützung einschlägiger Maßnahmen sowie den Austausch von bewährten Verfahren, Informationen und Erfahrungen.

Der Gesetzgebungsabteilung ist nicht ersichtlich, welche Tragweite diese Bestimmung hat und welche Bedeutung die Deutschsprachige Gemeinschaft ihr geben möchte. Dies sollte zumindest in der Begründung verdeutlicht werden.

4. Artikel 48 Absatz 2 des Abkommens sieht vor, dass das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung und die malaysischen Behörden eine weiterreichende Zusammenarbeit im Bereich der Betrugsbekämpfung vereinbaren können. Im Rahmen der Untersuchung des Begutachtungsantrags 73.323/VR wurde der Beauftragte gebeten, die Art dieser weiterreichenden Zusammenarbeit zu erläutern. Die Frage wurde vom Beauftragten an den zuständigen Dienst weitergeleitet, aber nicht beantwortet. Wenn diese Zusammenarbeit über Verwaltungsvereinbarungen mit den zuständigen Behörden in Drittstaaten gemäß Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 „über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1073/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (Euratom) Nr. 1074/1999 des Rates“ hinausgeht und in einem Abkommen konkretisiert wird, erinnert der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, daran, dass der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zufolge der Abschluss eines solchen Abkommens ohne vorherige Genehmigung des Rates der Europäischen Union gegen den gemäß Artikel 13 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union erwähnten Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung und gegen den Grundsatz des institutionellen Gleichgewichts verstößt ¹⁰.

⁹ Um weitere Erläuterungen diesbezüglich im Rahmen der Untersuchung des Begutachtungsantrags 73.221/VR gebeten, antwortete der Beauftragte wie folgt: „Dit behoort tot de bevoegdheden van de federale overheid. Uit navraag bij de federale collega's kunnen we het volgende meedelen: België engageert zich op dit moment niet om maatregelen te nemen om partij te worden van TPNW.“ Diese Antwort steht im Widerspruch zu der Verpflichtung, die im Namen des Königreichs Belgien mit dem Beitritt zu diesem Abkommen eingegangen würde. Darüber hinaus wird Artikel 3 des Abkommens als wesentlicher Bestandteil des Abkommens bezeichnet, dessen Nichteinhaltung zu geeigneten Maßnahmen gemäß Artikel 55 des Abkommens führen kann. Solche geeigneten Maßnahmen können zu einer vollständigen oder teilweisen Aussetzung des Abkommens oder eines anderen spezifischen Abkommens führen, auch in Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der föderierten Gebietskörperschaften fallen. Am besten überdenkt das Königreich Belgien daher ernsthaft seinen Standpunkt in dieser Frage und sollten die Verfasser des Vorentwurfs diesen Standpunkt in der Begründung rechtfertigen.

¹⁰ Siehe EuGH, 28. Juli 2016, C-660/13, *Rat g. Kommission*, ECLI:EU:C:2016:616, Nrn. 39 bis 46.

5.1. Artikel 50 Absatz 1 des Abkommens setzt einen Gemischten Ausschuss ein, der sich aus Vertretern der Vertragsparteien auf angemessen hoher Ebene zusammensetzt und der die Aufgabe hat,

„a) das ordnungsgemäße Funktionieren und die ordnungsgemäße Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten,

b) Prioritäten für die Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens zu setzen,

c) Empfehlungen für die Förderung der Ziele dieses Abkommens auszusprechen,

d) etwaige Differenzen oder Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung, Durchführung oder Anwendung dieses Abkommens in Übereinstimmung mit Artikel 53 beizulegen,

e) alle von einer der Vertragsparteien vorgelegten Informationen über die Nichterfüllung der Verpflichtungen im Rahmen dieses Abkommens zu prüfen und Konsultationen mit der anderen Vertragspartei zu führen, um nach Artikel 53 eine für beide Vertragsparteien annehmbare Lösung anzustreben,

f) die Umsetzung besonderer Abkommen im Sinne des Artikels 52 Absatz 2 zu überwachen.“

Der Gemischte Ausschuss kann Facharbeitsgruppen einsetzen, die ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen (Artikel 50 Absatz 3). Der Gemischte Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung (Artikel 50 Absatz 4).

5.2. Aufgrund des gemischten Charakters des Abkommens können sich die im Gemischten Ausschuss behandelten Angelegenheiten auch auf Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Gemeinschaften und der Regionen fallen, beziehen, so dass besondere Vereinbarungen über die Vertretung und die Stellungnahme im Gemischten Ausschuss getroffen werden müssen.

In Bezug auf Organe, die durch ein von der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten geschlossenes Zusammenarbeitsabkommen oder aufgrund eines solchen Abkommens eingerichtet werden, *in casu* auch in der Form eines Gemischten Ausschusses, betonte der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, im Gutachten 53.978/VR vom 7. November 2013 Folgendes:

„In dit verband moet in herinnering worden gebracht dat het noodzakelijk is om binnen België ook in de nodige procedures te voorzien om de Belgische standpuntbepaling en vertegenwoordiging in het voornoemde Gemengd Comité en het bij artikel 28 opgerichte subcomité te organiseren met respect voor de Belgische bevoegdheidsverdelende regels.

De vertegenwoordiging en de standpuntbepaling namens België dienen overeenkomstig artikel 92bis, § 4bis, eerste lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 ‘tot hervorming der instellingen’ in een samenwerkingsakkoord te worden geregeld.

De huidige samenwerkingsakkoorden van 8 maart 1994¹¹ bieden geen voldoende juridische basis voor deze vertegenwoordiging en standpuntbepaling

¹¹ Fußnote 2 aus dem zitierten Gutachten: Samenwerkingsakkoord van 8 maart 1994 tussen de federale Staat, de gemeenschappen en de gewesten ‘met betrekking tot de vertegenwoordiging van het Koninkrijk België in de Ministerraad van de Europese Unie’, en samenwerkingsakkoord van 8 maart 1994 tussen de federale Staat, de

aangezien ze enkel betrekking hebben op de vertegenwoordiging in de Raad van de Europese Unie. De betrokken samenwerkingsakkoorden kunnen niet zomaar bij analogie worden toegepast, nu het Gemengd Comité weliswaar formeel een exponent is van de externe betrekkingen van de Europese Unie, maar materieel ook uitdrukkelijk voor aangelegenheden bevoegd is die tot de bevoegdheid van de lidstaten behoren¹², die in de Belgische bevoegdheidsverdeling vervolgens ook behoren tot de (exclusieve) bevoegdheden van de gemeenschappen en de gewesten.

Zolang ervoor niet in een voldoende juridische basis bij samenwerkingsakkoord is voorzien, dienen de vertegenwoordiging en de standpuntbepaling namens België in het Gemengd Comité en in het subcomité overeenkomstig het bepaalde in artikel 92bis, § 4bis, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 het voorwerp uit te maken van een overleg tussen de betrokken regeringen.¹³

Die Stellungnahme der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten in den sich auf die gemischte Zuständigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten beziehenden Angelegenheiten wird zwar in der Praxis im Rat der Europäischen Union koordiniert und die vorhergehende Stellungnahme Belgiens wird gemäß den Regeln über die Stellungnahme im Rat koordiniert.

Jedoch ist anzumerken, dass die Beschlüsse in den Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen, rechtlich gesehen nicht vom Rat der Europäischen Union sondern von den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten getroffen werden. Obwohl dies in der Praxis eher eine Ausnahme ist, ist nicht auszuschließen, dass Mitgliedstaaten in Angelegenheiten, für die sie zuständig sind, in den durch ein Zusammenarbeitsabkommen oder aufgrund eines solchen Abkommens eingerichteten Organen noch eine nationale Stellungnahme annehmen.

Durch das Fehlen einer Regelung diesbezüglich gemäß Artikel 92bis § 4bis Absatz 2 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 ‚zur Reform der Institutionen‘ könnten deshalb Probleme entstehen. Würde ein Konsens zwischen den befugten Behörden darüber bestehen, dass das Zusammenarbeitsabkommen vom 8. März 1994 zwischen der föderalen Behörde, den Gemeinschaften und den Regionen ‚bezüglich der Vertretung des Königreichs Belgien im Ministerrat der Europäischen Union‘ in diesen Angelegenheiten entsprechend angewandt wird, so wird am besten dieses Zusammenarbeitsabkommen angepasst, damit dessen Anwendungsbereich dahingehend ausgedehnt wird.

gemeenschappen en de gewesten en het Verenigd College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie ‘met betrekking tot de vertegenwoordiging van het Koninkrijk België in de Ministerraad van de Europese Unie’.

¹² Fußnote 3 aus dem zitierten Gutachten: Zie artikel 62 van de kaderovereenkomst.

¹³ Gutachten 53.978/VR vom 7. November 2013 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Flämischen Gemeinschaft und der Flämischen Region vom 4. April 2014 ‚houdende instemming met de kaderovereenkomst inzake een partnerschap en samenwerking tussen de Europese Unie en haar lidstaten, enerzijds, en Mongolië, anderzijds, ondertekend in Ulaanbaatar op 30 april 2013‘ geworden ist, Bemerkung 3.2, Parl.Dok. Fl. Parl. 2013-2014, Nr. 2455/1, S. 37-38.

6. Gemäß Artikel 52 Absatz 2 des Abkommens kann das Abkommen durch Abschluss besonderer Abkommen in Bereichen der Zusammenarbeit, die in den Geltungsbereich dieses Abkommens fallen, ergänzt werden. Aus Artikel 57 des Abkommens kann sich ableiten, dass ein solches ergänzendes Abkommen die Bereiche der Zusammenarbeit dieses Abkommens erweitern und das Abkommen ändern kann. Nach Absatz 4 des letztgenannten Artikels treten solche ergänzenden Abkommen, Protokolle oder geeigneten Instrumente zu einem von den Vertragsparteien zu vereinbarenden Zeitpunkt in Kraft und sind Bestandteil des Abkommens.

Im Rahmen der Untersuchung des Begutachtungsantrags 73.323/VR antwortete der Beauftragte auf die Frage, ob eine Erweiterung der Bereiche der Zusammenarbeit oder eine Änderung des Abkommens ohne vorherige Zustimmung der zuständigen belgischen Parlamente in Anbetracht dieser Bestimmung erfolgen kann, wie folgt:

„De voorliggende overeenkomst kan worden aangevuld of uitgebreid met aanvullende overeenkomsten, protocollen of instrumenten. In die aanvullende overeenkomst, protocol of ander instrument zal vermeld worden hoe het in werking zal kunnen treden. Ook deze aanvullende overeenkomsten of protocollen dienen de geijkte procedure te doorlopen“.

Die Gesetzgebungsabteilung kann sich dieser Ansicht anschließen, insofern die Wörter „geijkte procedure“ (angemessenes Verfahren) in dem Sinne verstanden werden, dass ergänzende Abkommen, Protokolle oder Instrumente erst dann wirksam werden, wenn sie die Zustimmung der zuständigen belgischen Parlamente gemäß Artikel 167 §§ 2 und 3 der Verfassung erhalten haben. Aufgrund Artikel 190 der Verfassung müssen die ergänzenden Abkommen, Protokolle und Instrumente im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht werden, um verbindlich zu sein.

7. Unter der Unterschrift des Königreichs Belgien wird angegeben, dass die Unterschrift zugleich die Flämische Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaft, die Deutschsprachige Gemeinschaft, die Flämische Region, die Wallonische Region und die Region Brüssel-Hauptstadt bindet.

Die Gesetzgebungsabteilung hat schon mehrmals bemerkt, dass diese Formulierungen dahingehend verstanden werden müssen, dass sie sich auch auf die Französische Gemeinschaftskommission beziehen, da diese Kommission in Anwendung des Artikels 138 der Verfassung Befugnisse der Französischen Gemeinschaft ausübt ¹⁴.

¹⁴ Siehe in diesem Sinne u.a. das Gutachten 69.854/2/V vom 10. August 2021 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 15. Dezember 2021 ‚portant assentiment à l’Accord de partenariat stratégique entre l’Union européenne et ses Etats membres, d’une part, et le Japon, d’autre part, fait à Tokyo le 17 juillet 2018‘ geworden ist, Bemerkung 3, *Parl. Dok.*, Parl. Fr. Gem., 2021-2022, Nr. 302/1, S. 13-14.

UNTERSUCHUNG DES DEKRETVORENTWURFS

Über den Dekretvorentwurf ist keine Bemerkung zu formulieren.

DER GREFFIER

DER PRÄSIDENT

Charles-Henri VAN HOVE

Bernard BLERO

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Roger WIMMER, Erster Auditor,
übersetzt.

Der Chefgreffier,

Gregory DELANNAY